



Haushaltsrede 2019

Fraktionsvorsitzender Wilfried Hanft

Die Stadt Bornheim hat in den letzten Jahren eine bemerkenswert gute Entwicklung genommen. Wir stehen dicht vor der Marke in nächster Zeit den 50.000 Einwohner oder Einwohnerin bei uns willkommen zu heißen.

Dies wäre nicht möglich gewesen, hätten Politik und Verwaltung mit dem Bürgermeister an der Spitze nicht dafür gesorgt, dass sich die Attraktivität der Stadt auf einem hohen Level befindet.

Neben attraktiven Gewerbestandorten und der Schaffung tausender Arbeitsplätze sind hier zum Beispiel eine vorbildliche Schullandschaft, eine breit aufgestellte Sozialpolitik und eine aktive Jugend- und Seniorenarbeit zu nennen.

In letzter Zeit ist jedoch die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur ins Stocken geraten.

Infrastruktur, Kitas

Hier sind besondere Kraftanstrengungen notwendig und die SPD-Fraktion wird sich in diesem und dem kommenden Haushaltsjahr dem Thema der infrastrukturellen Versorgung und dem Fortgang der dazu notwendigen Maßnahmen besonders widmen, gerade vor dem

Hintergrund fehlender Kita-Plätze und OGS-Einrichtungen und den damit verbundenen sich immer wieder verzögernden baulichen Aktivitäten.

Für uns ist klar: Es müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden, sei es durch vorausschauendes Bodenmanagement oder durch flache Hierarchien.

Wir werden uns auch die Frage stellen und beantworten müssen, ob infrastrukturelle Planungen und Baumaßnahmen nicht für eine bestimmte Zeit Vorrang haben müssen vor der Erschließung weiterer immens großer Baugebiete vor dem Hintergrund der schleppenden Abläufe der Maßnahmen im zuständigen Bauderzernat.

Die Defizite sind nicht einer falschen Bedarfsstellung geschuldet, sondern es mangelt an der Umsetzung baureifer Grundstücke. Gleichzeitig erwarten wir, dass für den Kita-Bereich alle Betreuungsverträge schnell abgeschlossen werden und sich dadurch hinsichtlich der Plätze noch einiges bewegen lässt. Es muss gleichzeitig weiter intensiv an Provisorien gearbeitet werden um mehr Kindergartenplätze zu schaffen. Aber auch weitere Plätze in der Tagespflege müssen zur Verfügung stehen.

Aber hier muss auch an die Adresse der größten Fraktion in diesem Rat und der sie tragenden Gruppierungen angemerkt werden: Es ist unfassbar, dass bei den Kindergartenplätzen immer wieder Bedarfe

angezweifelt und auch dadurch die dringend notwendigen Baumaßnahmen verzögert werden, wie wir es z.B. mit dem Projekt am Maarpfad in schmerzvoller Art und Weise erfahren haben.

Die flächendeckende Versorgung mit Kita-Plätzen und der weitere Ausbau der OGS wird herausragendes Thema auf unserer Agenda bleiben. Und dafür gilt es nicht nur einige größere Ortsteile im Blick zu haben, sondern alle!

Verkehr

Unsere Kraftanstrengungen müssen sich aber auch auf das lange vernachlässigte Thema Verkehr beziehen. Und da geht es nicht nur um die Beseitigung unseres ramponierten Straßenzustandes, wo nach Jahren des Stillstandes endlich eine millionenfache Rücklage zur Beseitigung der Schäden gebildet werden konnte, sondern es wird schlicht darum gehen, wie wir einem sich abzeichnenden Verkehrskollaps in den nächsten Jahren entgegen wirken können.

Es zeugt von wenig Weitsicht der konservativen Koalition die Weigerung fortzuführen, in den nächsten Jahren die Mittel zur Stärkung des Radverkehrs hin zu einer fahrradfreundlichen Stadt, um ein vielfaches zu erhöhen.

Was wir brauchen sind Radwege in einem verkehrssicheren und attraktivem Zustand und darüber hinaus schnellere Radwegeverbindungen in unsere Nachbarkommunen. Erhebungen zeigen, dass dort, wo etwas für die Steigerung der Attraktivität des

Radverkehrs getan wird, die Akzeptanz- und Benutzungswerte stark ansteigen. Es geht nicht darum den Kfz.-Verkehr zu verteufeln, im Gegenteil, das zeigen allein die beträchtlichen Investitionen in die Straßensanierung in den nächsten Jahren, sondern um ergänzende und attraktive Angebote zu schaffen. Bereits bei der jetzigen Verkehrsmenge und erst recht bei den noch folgenden künftigen Steigerungsraten wäre es fahrlässig nur auf eine Verkehrsart schwerpunktmäßig zu setzen.

ÖPNV

Es hat in den vergangenen Monaten einige signifikante Entscheidungen im ÖPNV gegeben, was die Verbesserung des Busangebotes und die Taktverdichtung bei der Stadtbahnlinie 16 angeht.

Doch gerade bei diesem Thema ist es notwendig weiter dicke Bretter zu bohren, z.B. beim notwendigen Ausbau der Stadtbahnlinie 18 oder bei der weiteren Verbesserung des Busangebotes in den Höhenorten, wo das verträsten auf bessere Zeiten ab dem Jahr 2021 nicht wirklich hilft.

Leider haben wir es als Stadt Bornheim nicht in der Hand hier selbstständig zu handeln, im Gegensatz zum Radverkehr. Die bürokratischen Strukturen von Verbänden, wie NVR, VRS, HGK und wie sie alle heißen, lassen viele Kommunen verzweifeln. Und einige in diese Gremien entsandte Kommunalvertreter wissen manchmal nicht mehr, wo sie herkommen.

Bauliche Entwicklung, Wohnungsbau

Es hat von Seiten der SPD-Fraktion in der Vergangenheit viele Initiativen gegeben, was die Forcierung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus in Bornheim angeht, um damit einen unverzichtbaren Beitrag für bezahlbaren Wohnraum in unserer Stadt zu leisten. Mit teils abenteuerlichen Argumenten ist dies von der De-Facto-Dreierkoalition in diesem Rat verhindert worden.

Mal war das Wetter zu schlecht, mal war es die Furcht vor unpässlichen Investoren, denen man das doch nicht zumuten kann.

Wir Sozialdemokraten sagen dazu: Es muss Schluss damit sein, dass statt des Rates immer wieder Investoren darüber entscheiden, mit welcher sozialen Ausgestaltung Wohnungsbau in Bornheim zukünftig entwickelt wird.

Was tut die Dreierkoalition beim Thema Wohnen noch außer den Investoren im allgemeinen und einer Firma im besonderen nach dem Munde zu reden? Nicht viel, wie man bei der Diskussion über das wohnungspolitische Handlungskonzept im Haupt- und Finanzausschuss gesehen hat.

Wir haben es der Voraussicht des Bürgermeisters zu verdanken, dass er dieses wohnungspolitische Handlungskonzept in Eigenverantwortung in Auftrag gegeben hat und Wirklichkeit werden lässt, weil die Politik hierzu mehrheitlich nicht in der Lage ist, wie die Debatte gezeigt hat.

Denn dieses Handlungskonzept bietet gute Voraussetzungen für den öffentlich geförderten Wohnungsbau, auch dafür, dass Wohnformen bei uns Fuß fassen können, die bisher in Bornheim vernachlässigt wurden, wie zum Beispiel das Mehrgenerationen-Wohnen, adäquater Wohnraum für Singles oder bedarfsgerechter Wohnraum für Senioren.

Nicht zuletzt ist dieses Konzept unabdingbare Voraussetzung für das Eruiere von Fördermitteln, auf die wir auf Grund unserer finanziellen Lage nicht verzichten können und sollen.

Was die prekäre Wohnungssituation angeht ist die Koalition getreu nach dem Motto unterwegs, dass es der Markt schon richten wird und das uneigennützig gute im Menschen bei den Investoren im Vordergrund steht. In Wirklichkeit läuft uns die Zeit davon.

Spätestens jetzt müssten bei ihnen alle Alarmglocken klingeln, wenn der Bodenrichtwert in Bornheim, so wie durch den Gutachterausschuss angekündigt, auf einen Schlag um 20 Prozent angehoben werden soll. Wie kann da noch eine Durchschnitts-Einkommensfamilie in unserer Stadt Eigentum erwerben und bei uns auf Dauer sesshaft werden?

Doch das scheint sie nicht zu kümmern. Hauptsache in Merten wird ein städtebaulicher Moloch geplant, der auf seine verkehrlichen Auswirkungen hin betrachtet, nicht mehr beherrschbar ist. Aber was ihre Prioritäten angeht, sind ja einige in ihrer Koalition ohnehin nie über den Kirchturm hinaus gekommen.

Mietspiegel

Mehr als ärgerlich ist, dass unser Antrag zur Erstellung eines Mietspiegels am Widerstand der Fraktionen von CDU, UWG und FDP gescheitert ist. Wir waren nach der ursprünglich positiven Entscheidung im Ausschuss für Schule, Soziales und demographischem Wandel auf einem guten Weg für mehr Information und Transparenz auf dem Wohnungsmarkt, bevor eine Revidierung dieser Entscheidung erfolgte. Das ist auch vor dem Hintergrund befremdlich, dass ein Mietspiegel die Rechtssicherheit bei der Regelung der Miete stärkt und somit den Interessen der Mieter und Vermieter gleichermaßen dient. Jetzt soll keiner mit dem Totschlagargument kommen wir können das ja gar nicht, weil es sich um eine freiwillige Aufgabe handelt und dies bei unserer Haushaltssituation nicht statthaft wäre.

Bornheim ist mit Wohnraum unterversorgt. Gerade in solchen Bereichen stellt ein Mietspiegel sogar nach Auffassung der Landesregierung eine Pflichtaufgabe dar.

Ich habe vor ein paar Wochen einen humorvollen Aufsatz gelesen über die Theorie schwarzer Löcher in den Weiten des Universums, die um sich selbst kreisen und schließlich in einem geheimnisvollen Nichts verschwinden sollen. Da kommt einem schon mal der Gedanke, ob es sich bei diesem Phänomen nicht um eine gemeinsame Fraktionssitzung von CDU, UWG und FDP handeln könnte?

Umwelt: Windräder, Fortschreibung Klimaschutzplan

In der Umweltpolitik entwickeln wir als Stadt Bornheim gute Perspektiven. Dazu zählt nicht nur die Fortschreibung des Klimaschutzplans, den wir in einer Zeit erarbeitet und beschlossen haben, als viele Kommunen nicht einmal daran gedacht haben. Der Klimaschutzplan bedarf jetzt einer Weiterentwicklung, insbesondere was das große Thema Mobilität angeht.

Auch die Fortführung des interkommunalen Klimamanagements über das Jahr 2020 hinaus zusammen mit den linksrheinischen Kommunen ist eine gute und notwendige Entscheidung. Dies belegen die qualitativen Leistungen bei der Energieberatung, Fördermittelakquise, die Begleitung bei der Umsetzung von Radverkehrskonzepten und nicht zuletzt das angestoßene Projekt der linksrheinischen Bürgermeister für ein Pilotprojekt zum Jobticket.

Das Thema Klimamanagement ist eine große Zukunftsaufgabe und wenn dies interkommunal angegangen und weiter geführt wird, umso besser.

Im Zuge der Diskussionen über die Aktivitäten von Wirtschaftsunternehmen zum Ankauf von Flächen auf dem Villerücken zwecks Errichtung von Windkraftanlagen spricht sich die SPD-Fraktion klar für den Erhalt der Windkraftkonzentrationszone bei Sechtem aus.

Denn wenn die Konzentrationszone in Sechtem rechtssicher erhalten werden kann, wird allen diesbezüglichen Aktivitäten auf dem Villerücken,

einem landschaftlich äußerst sensiblen Bereich, die Grundlage entzogen dort im großen Stil tätig werden zu können.

Allerdings vermissten wir in den Statements einzelner Fraktionen einen wichtigen Faktor. Denn wenn wir den Fortbestand der Konzentrationszone bewerkstelligen wollen, müssen wir klar darüber reden, dass für die verbleibende Anzahl der dortigen Windräder mit höchster Wahrscheinlichkeit eine Aufhebung der beschlossenen Höhenbegrenzung notwendig ist. Bekanntlich waren nach Bedenken des Bundesamtes für Flugsicherung die Zahl der Windräder in Sechtem von sechs auf drei reduziert worden.

Es spricht sehr viel dafür, dass die verbleibenden drei Anlagen bei einer Höhenbegrenzung von 150 Metern insgesamt nicht wirtschaftlich betrieben werden können.

Im Falle einer nicht mehr gegebenen Wirtschaftlichkeit könnte seitens der Gerichte eine Aufhebung der Konzentrationszone veranlasst werden, mit der Konsequenz eines drohenden Wildwuchses von Windkraftanlagen an geeigneten Standorten im gesamten Stadtgebiet.

Dieses Risiko möchten wir Sozialdemokraten auf keinen Fall eingehen, deshalb stellt eine Aufhebung der jetzigen Höhenbegrenzung für uns das deutlich kleinere Übel dar. Da wissen wir uns vollkommen einig mit der Position des Landschaftsschutzvereins Vorgebirge.

Hier wäre es absolut hilfreich und notwendig gewesen, dass CDU- und UWG-Fraktion in diesem Rat deutlich und klar gegen einen künftigen

Wildwuchs von Windkraftanlagen auf der Höhe des Vorgebirges ausgesprochen hätten. Stattdessen wurde eine Provinzposse inszeniert, in dem man der Verwaltung und dem Bürgermeister mangelnde Information und Transparenz vorwarf. Das ist eine Prioritätensetzung, die in ihrer Albernheit allenfalls an das Amt eines Eisbären-Beauftragten auf den Malediven erinnert.

Im Übrigen hat die Verwaltung sowohl im Umwelt- als auch im Stadtentwicklungsausschuss zu diesem Thema immer wieder ausführlich informiert.

Man muss zunehmend den Eindruck gewinnen, dass bei manchen Themen in der CDU-Fraktion kaum jemand mehr weiß, was im Rahmen komplexer Sachverhalte alles erörtert, verarbeitet und abgewogen wurde. **Wenn sie unter diesen Umständen der Öffentlichkeit noch klarmachen wollen, dass sie einen Gestaltungsauftrag ausüben, ist das ein ziemlich abenteuerliches Unterfangen.**

Flüchtlingssituation

Es ist ausgesprochen positiv zu erwähnen, dass seitens des Landes bei den Schlüsselzuweisungen Verbesserungen eingetreten sind, was den kreisangehörigen Raum betrifft.

Gleichzeitig gilt es jedoch anzumerken, dass bei der Übernahme von Kosten zur Unterbringung von Flüchtlingen es bisher immer noch keine akzeptable Regelung für die Kommunen und somit auch für unsere Stadt gegeben hat. Hier werden wir mit Kosten von über 2 Mio. Euro allein

gelassen. Wenn diese Mittel nach dem Konnexitätsprinzip geflossen wären, hätten wir uns, was den Haushaltsausgleich angeht, etliche Sorgen und Klimmzüge ersparen können.

Ich möchte hier den vielen ehrenamtlich Tätigen in der Flüchtlingsarbeit für ihr jahrelanges Engagement herzlich danken.

Auch die Erhöhung der Kreisumlage ist in punkto Haushaltsausgleich alles andere als hilfreich, zumal vorher immer wieder von einer Kontinuität den Kommunen gegenüber gesprochen wurde.

Lebendige Demokratie

Lassen sie mich aber auch noch folgendes sagen:

Eine funktionierende und lebendige Demokratie lebt von einem vielfältigen Engagement und des Sich-Einmischen von gesellschaftlichen Gruppen und aller Altersklassen. Und weil das so ist, möchte ich das an dieser Stelle auch einmal würdigen und meine Anerkennung aussprechen. Den hunderten ehrenamtlich Engagierten, z.B. bei der Feuerwehr, im Vereinsleben, aber auch für die Arbeit des Jugendparlaments, des Stadtjugendrings, des Seniorenbeirates und nicht zuletzt des Integrationsrates.

Was dieses Engagement angeht, sind wir in Bornheim gut aufgestellt.

Kommunale Steuern

Während die Grundsteuer B ab diesem Haushaltsjahr um einen ausgeglichenen Haushalt 2020 zu erreichen, um 50 Punkte, von 645 auf 695 angehoben werden soll, soll die Gewerbesteuer im Status Quo verharren, nämlich bei 490 Punkten.

Wir halten eine solch einseitige Vorgehensweise für nicht hinnehmbar.

Kann man bei der geplanten Vorgehensweise bei der Grundsteuer B in den letzten beiden Jahren von einer Erhöhung von über 15% ausgehen, sind es bei der Gewerbesteuer lediglich 2%. Dies geht an dem Gerechtigkeitsempfinden der Menschen in unserer Stadt vollkommen vorbei, zumal im letzten Haushalt für die Folgejahre noch eine moderate Erhöhung der Gewerbesteuer vorgesehen war.

Deshalb wird es Vorschlag der SPD-Fraktion sein, auch in Kontinuität der vergangenen Beschlüsse, eine moderate Erhöhung der Gewerbesteuer um 10 Punkte vorzunehmen und gleichzeitig die Grundsteuer B entsprechend weniger anzuheben, was aufgerundet dann 670 statt 695 Punkte bedeutet.

Denn es geht darum, Bürgern, die unter ächzenden Lasten wie explodierende Mieten und exorbitante Bodenwertsteigerungen leiden und sich vielleicht noch Eigentum verschaffen wollen, nicht mehr zu belasten, wie unbedingt notwendig. Ganz zu schweigen von den Bürgern, die mit dem Existenzminimum kämpfen. Fragen sie doch mal die ehrenamtlich Tätigen in diesen Bereichen, wie zum Beispiel die Mitarbeiter der Tafel.

Und deshalb sind wir der Auffassung, dass wir hier nicht weiter einseitig vorgehen können.

Warum lehnt die SPD-Fraktion den Haushalt ab

Wichtige Weichenstellungen für die Zukunft werden bei den Festsetzungen für diesen Haushalt leichtfertig verpasst, was nicht zuletzt durch die Ablehnung zukunftsweisender Initiativen der SPD-Fraktion dokumentiert wird.

Diesem Haushalt mangelt es nach den Beratungsergebnissen an ernsthaften Signalen für bezahlbaren Wohnraum, an der Zukunftsfähigkeit zu einer ökologischen Entwicklung und einer fehlenden Grundsubstanz bei der weiteren Verkehrsentwicklung.

Vor allem aber geht es um eine unsoziale Ausrichtung bei den notwendigen Erhöhungen zur Erlangung des Haushaltsausgleichs bei den kommunalen Steuern. Wir vermissen die ernsthafte Bereitschaft hier eine gerechte Steuerverteilung nach Leistungsfähigkeit herzustellen.

Wenn hier keine Bewegung der Mehrheit dieses Rates stattfindet, kann die SPD-Fraktion diesem Haushalt nicht zustimmen und wird ihn ablehnen.

Dank an die Mitarbeiter der Verwaltung

Ich sage Dank an den Kämmerer und den Bürgermeister für die geleistete Arbeit und besonders was das beharrliche und erfolgreiche Hinarbeiten für den Haushaltsausgleich ab dem Jahre 2020 angeht. Wir hoffen nicht, dass diese Arbeit durch weitere Unwägbarkeiten übergeordneter Institutionen noch in Frage gestellt wird.

Dank aber auch an alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung, ohne die eine solche Entwicklung nicht möglich gewesen wäre.

Was den öffentlichen Dienst angeht erleben wir in letzter Zeit Übergriffe auf Feuerwehrleute und Sanitäter, Internetanprangerungen für Lehrer und Polizisten, dies ist ein inakzeptables Verhalten, was streng geahndet werden muss. Öffentlich Bedienstete werden zunehmend als Freiwild in der Gesellschaft betrachtet, Symptome eines schwindenden Vertrauens in den Staat und seine Institutionen.

Wir Sozialdemokraten unterstützen Bemühungen für einen starken und handlungsfähigen öffentlichen Dienst, nicht zuletzt mit einer ordentlichen Besoldungsstruktur. Die dort arbeitenden Männer und Frauen haben es verdient.